

Das ist die erste Seite des Textes. Sie enthält eine Überschrift und einen Absatz. Die Überschrift lautet: 'Das ist die erste Seite des Textes'. Der Absatz beginnt mit: 'Das ist die erste Seite des Textes'.

Das ist die zweite Seite des Textes. Sie enthält einen Absatz. Der Absatz beginnt mit: 'Das ist die zweite Seite des Textes'.

Das ist die dritte Seite des Textes. Sie enthält einen Absatz. Der Absatz beginnt mit: 'Das ist die dritte Seite des Textes'.

Das ist die vierte Seite des Textes. Sie enthält einen Absatz. Der Absatz beginnt mit: 'Das ist die vierte Seite des Textes'.

Das ist die fünfte Seite des Textes. Sie enthält einen Absatz. Der Absatz beginnt mit: 'Das ist die fünfte Seite des Textes'.

Das ist die sechste Seite des Textes. Sie enthält einen Absatz. Der Absatz beginnt mit: 'Das ist die sechste Seite des Textes'.

Das ist die siebte Seite des Textes. Sie enthält einen Absatz. Der Absatz beginnt mit: 'Das ist die siebte Seite des Textes'.

Das ist die achte Seite des Textes. Sie enthält einen Absatz. Der Absatz beginnt mit: 'Das ist die achte Seite des Textes'.

Das ist die neunte Seite des Textes. Sie enthält einen Absatz. Der Absatz beginnt mit: 'Das ist die neunte Seite des Textes'.

Von Alba Julia nach Lupeni

(Von Abg. Jakob Pistiner, Rumänien)

Es war im März 1928, eine revolutionäre Stimmung hatte Rumänien erfasst und die Massenpartei der Bauern und städtischen Kleinbürger, die Nationalzaranisten, gingen voran im Kampfe gegen die feudale Reaktion, gegen das bestehende Regime der Korruption und des Terrors. Unterstützt und vorwärts gedrängt von den Sozialdemokraten, hielten sie in Bukarest gewaltige Versammlungen ab, in denen Sprache und Stimmung revolutionären Geist atmeten. Es wurde beschlossen, am 6. Mai in Alba Julia, der historischen Stadt Siebenbürgens, eine gewaltige Demonstration zu veranstalten. Die Demonstration fand statt und aus allen Teilen des Landes waren Delegationen gekommen. Der Kampf ging weiter, die Liberalen wurden gestürzt, die Nationalzaranisten kamen zur Regierung, Zensur und Ausnahmezustand wurden aufgehoben es fanden wahrhaft freie Wahlen statt. Das Land atmete auf. Die Sozialdemokraten aber, die den Kampf gegen das liberale Regime im In- und im Auslande tatkräftig mitgeführt hatten und wegen des faszistischen Wahlgesetzes ein Wahlbündnis mit den Nationalzaranisten abgeschlossen hatten, ahnten, dass der revolutionäre Schwung der nationalzaranistischen Partei sehr bald ihren Klasseninteressen Platz machen werde. Sie hatten deshalb beim Abschluß des Wahlbündnisses ausdrücklich vereinbart, dass die Kampfgemeinschaft mit den Wahlen aufhöre und daß jeder der beiden Teile volle Handlungsfreiheit nach der Wahl haben werde. Diese Bedingung ist vom Ministerpräsidenten selbst der Oeffentlichkeit mitgeteilt worden.

Nicht unmittelbar nach den Wahlen, aber auch nicht viel später zeigte sich, dass die Sozialdemokraten mit ihrer Voraussicht Recht gehabt hatten. Die Nationalzaranisten wurden von uns wiederholt als ein Sammelbecken bezeichnet, in dem sich erst Parteien herauskristallisieren werden. Neben den Bessarabern, welche durch die russische Revolution gegangen waren und welche als Kleinbauern rein demokratische Interessen haben, sind in der nationalzaranistischen Partei die ehemaligen Zaranisten des Altreiches mit ihrer demokratischen Tradition, aber auch die Reste einer früheren konservativen Partei, die sich aus Grossgrundbesitzern und anderen Kapitalisten zusammensetzte, und endlich die ehemalige Nationalpartei Siebenbürgens, welche wohl auch eine bäuerliche Basis

besitzt, aber bei dem ausgesprochen industriellen Charakter Siebenbürgens die kapitalistischen Bestrebungen repräsentiert und sich mit Gier auf die Eroberung der Banken und industriellen Betriebe stürzt. Diese verschiedene soziale Zusammensetzung der nationalzaranistischen Partei hat ihre ganze weitere Tätigkeit beeinflusst. Man kann sagen, dass der Siebenbürger Flügel, unterstützt von den ehemaligen Konservativen des Altreiches die Gesetzlichkeit und die rascheste Industrialisierung des Landes verfolgt, während die anderen die Demokratie und die Agrarreform verteidigen. Und wie es immer in solchen Koalitionen zu geschehn pflegt, siegte der reaktionäre Flügel. Nicht nur dass dem Kapitalismus Tür und Tor geöffnet wurde dadurch, dass die Staatsbetriebe kommerzialisiert d. h. in eine Art von Aktiengesellschaften verwandelt wurden, begann man sogar die Konsequenzen der Agrarreform zu liquidieren und sucht systematisch einen Stand von Grossbauern zu schaffen. Unter dieser Entwicklung litt die Amnestie. Es wurden wohl eine ganze Reihe von Kommunisten befreit, aber nur dem Drängen der sozialdemokratischen Fraktion gelang es durchzusetzen, dass das Amnestiegesetz auch restlos angewendet werde. Besonders die Militärgerichte haben versucht, das Gesetz zu sabotieren, indem sie es unter allerlei Vorwänden und juristischen Formeln nicht anwendeten. Dem fortwährenden Drängen unserer Genossen gelang es, den jungen Dobrogeanu den Fängen der Militärjustiz zu entreissen und ebenso die im Clujer Kommunistenprozess Verurteilten - diese allerdings so spät, dass eine Verurteilte Chaie Lifschütz infolge des Hungerstreikes schon soweit geschwächt war, dass sie starb. Ihr Tod ist auf das Konto dieser Verzögerungen in der Anwendung des Amnestiegesetzes zu setzen. Unter dieser sozialen Zusammensetzung litt auch das Gemeindegesetz und das umsomehr, als der Chauvinismus der ehemaligen Nationalparteien aus Furcht vor den nationalen Minderheiten in Siebenbürgen eine ganze Reihe demokratischer Bestimmungen, die im Vorentwurfe unter dem Einflusse der Bessaraber und der ehemaligen Zaranisten des Altreiches enthalten waren, opferte. Das bedeutet nicht, dass nicht eine Reihe von Gesetzen und Massnahmen getroffen worden wären, welche die Ueberführung der bis dahin feudalen Gesellschaftsform in die bürgerliche beschleunigen würden, so die Gesetze betreffend die Gleichberechtigung des ausländischen Kapitals und die verschiedenen Polizeigesetze. Die Siguranza z. B. wurde wohl als eigene Institution aufgehoben, aber als drittes Departement in den Gesamtorganismus der Polizei eingereiht. Weit wichtiger aber noch wurde für die Arbeiterklasse das Streben der Regierung, die kapitalistischen Betriebe in ihre Hände zu bekommen. Wohl hat das Parlament ein Arbeitsgesetz beschlossen, das nicht allzu schlecht ist und das, ehrlich angewendet, die Arbeitsverhältnisse verbessern müsste; wohl hat das Ministerium das Achtstundengesetz durchzuführen begonnen, aber in derselben Zeit suchten die Politiker der nationalzaranistischen Parteien die grossen kapitalistischen Betriebe unter ihren Einfluss zu bekommen, welche in den früheren Jahren in der Form von Nationalisierungen des Kapitals

liberal geworden waren. Insbesondere geht es ihnen um die Bergwerke und die mit diesen verbundenen Eisenbetriebe.

Das geht natürlich nicht so leicht und es muss ein Vorwand dafür gefunden werden, dass man die bestehenden Gesellschaften zwingt, Vertreter der Regierungspartei zur Leitung heranzuziehen. Das geschah nun in der Art, dass man Provokateure auf die Arbeiter losließ. Der Präfekt im Bergwerkdistrikt, [...] Rozvan - bis 1918 gut ungarisch noch Rozvany - erkannte, dass man die in den Amsterdamer Gewerkschaften organisierten Bergarbeiter, welche in einem schweren Kampfe gegen die Gesellschaften standen, da die Ausbeutung in diesen Industrien beispiellos ist, trotzdem nicht dazu bringen könne, Sabotageakte zu begehen. Das in Rumänien geltende Streikgesetz verbietet den Streik in Bergwerken und setzt an dessen Stelle ein Einigungsverfahren und den obligatorischen Schiedsspruch der obersten Gerichte. Die Bergwerksarbeiter hatten dies Verfahren veranlasst, aber das Gericht hat ihnen bloss eine kleine ganz unbedeutende Erhöhung zugestanden. Daraufhin haben die Gewerkschaften eine Aktion eingeleitet, um eine Korrektur des Schiedsspruches zu erreichen. Sie verlangten eine Untersuchung durch das Arbeitsministerium. Diese wurden ihnen zugesagt, aber hinausgeschoben. Während noch die Verhandlungen im Zuge waren, liess der Präfekt, offenbar um die Arbeiter zu provozieren, zwei Vertrauensmänner der Arbeiter verhaften, weil sie einen sozialdemokratischen Abgeordneten, der ankommen sollte, mit einer roten Fahne am Bahnhof erwarten. Das steigerte natürlich die Erregung, aber noch immer liessen sich die Arbeiter nicht zu Gewalttätigkeiten hinreissen. Da liess nun der Präfekt auf die Arbeiter zwei Provokateure los: Ein ehemaliges Mitglied der Siguranza, dessen Spitzeltätigkeit ebenso wie seine Brutalität im Galatzer Kommunistenprozess erwiesen worden war, namens Munteanu, und den aus den Gewerkschaften ausgeschlossenen ehemaligen Sekretär der Bergarbeiter Buciumanu. Diese beiden gründeten mit Hilfe der Regierung gelbe Gewerkschaften, die sie mit radikalen Phrasen erfüllten und solange die Arbeiter provozierten, bis diese unter dem Drucke des Elends gewaltsame Schritte unternahmen. Sie besetzten nämlich das Elektrizitätswerk der Bergwerke in Lupeni, um die Gesellschaften zu zwingen, ihren Forderungen Rechnung zu tragen. Sofort wurden in die Welt Gerüchte hinaustelegraphiert, dass die Arbeiter das Werk zerstört hätten und dass sie Gewalttätigkeiten gegen das Leben zu begehen begonnen hätten. Insbesondere sei der Direktor der Werke zerfleischt worden. Wohl erwies sich bald, dass all diese Gerüchte erlogen waren, aber dafür war wahr, dass der Präfekt sofort Militär gegen die Arbeiter aufbot und selbst als erster einen Arbeiter erschoss. Im ganzen wurden sofort 25 Arbeiter erschossen und sehr viele so schwer verletzt, dass man in den nächsten Tagen in den Wäldern Tote aufgefunden hat. Die Arbeiter flüchteten nämlich vor der Wut der Soldateska in die nahe gelegenen Wälder. Unter dem Eindrucke dieser furchtbaren Geschehnisse ordnete die Regierung auf Drängen der sozialdemokratischen Abgeordneten

eine genaue Untersuchung an, die all das ergab, war hier oben geschildert wurde. Die Empörung in der Öffentlichkeit war so gross, dass der Präfekt, die Militärkommandanten und der Staatsanwalt suspendiert werden mußten. Aber schon begann das Gegenspiel. Der Präfekt konnte nachweisen, dass er gemäss den Instruktionen von Ministern gehandelt habe und so wurde eine neue Untersuchung angeordnet, bei der der suspendierte Präfekt die untersuchenden Minister begleitete. Der Zweck dieser Minister war erreicht. Gegen die Gesellschaften war die öffentliche Stimmung so reif geworden, dass wahrscheinlich schon in der nächsten Session Gesetzentwürfe kommen werden, welche die Alleinmacht der Liberalen brechen sollen. Man wird auf die ungeheure Ausbeutung, auf ihre fabelhaften Gewinne - mit den Abschreibungen bis hundert Prozent des investierten Kapitals - und auf die durch die Erregung der Arbeiter geschaffene Reife hinweisen und so entweder auf gütlichem Wege oder aber unter dem Drucke des Gesetzes erreichen, dass in die liberalen Verwaltungsräte auch Nationalzaranisten aufgenommen werden. Dieser Streit interessiert die Arbeiterklasse weniger, denn ob der liberale Tartaescu oder der nationalzaranistische Vlad diktieren werden, die Ausbeutungsmethoden werden dieselben bleiben. Was sie aber interessiert, ist die Art, wie die Regierung dieses Ziel erreicht, der Mord an sovielen Arbeitern und die Behandlung der Schuldigen, inbegriffen der betreffenden Minister. Das ist umso wichtiger, als dieselben Methoden bereits in anderen Werken versucht werden. Auch die grossen Werke in Reschitza und Anina sollen auf diese Weise in die Hände der Nationalzaranisten gebracht werden. Der Handelsminister betreibt eifrig die Gründung gelber revolutionärer Gewerkschaften. Revolutionär in dem Sinne, dass man den Arbeitern sagt, die Sozialdemokraten wären nicht genug radikal, man müsse mit Gewaltmitteln gegen die Gesellschaften vorgehen. Bei der kritischen Situation, in der die Arbeiter sich befinden, verfangen solche Reden sehr leicht, insbesondere dort, wo unsere Gewerkschaften nicht sehr gefestigt sind. So werden die Arbeiter auch in anderen Betrieben angeeifert, Gewalttätigkeiten zu begehen. Man wird dann wieder schiessen und so Material gegen die Gesellschaften bekommen. Die Arbeiter aber bezahlen die Zeche. Inzwischen ist im Bergwerksgebiet der Ausnahmezustand eingeführt worden, nicht einmal die Abhaltung von Sitzungen wird den sozialdemokratischen Gewerkschaften gestattet, Siguranza und Gendarmerie werden verstärkt.

Das ist die Situation heute im Bergwerksgebiete, das ist die Geschichte des Mordes in Lupeni. Es ist ein weiter Weg, der von Alba Julia nach Lupeni geführt hat, aber ein Weg zurückgelegt in kaum fünfzehn Monaten. Es ist selbstverständlich, dass die Liberalen ihr gut Teil Schuld an diesen Vorgängen haben, da sie in grausamster Weise und mit allen Mitteln des Raffinements die Arbeiter ausbeuten, nachdem sie sich unter Ausnützung der politischen Macht in den Besitz der Gesellschaften im ehemals ungarischen Gebiete gesetzt haben. Aber die Methoden, welche jetzt von dem reaktionären Flügel in der

nationalzaranistischen Partei, zum Teile im Kampfe gegen den demokratischen Flügel, angewendet werden tragen an sich all die Charakterzüge des ursprünglichen Kapitalismus. Man sieht, dass die Nationalzaranisten aber auch von den Liberalen gelernt haben. Die Arbeiterklasse aber tritt so in eine neue Phase und nimmt noch in einem Augenblicke, in welchem der Kapitalismus erst zu entstehen beginnt und die Demokratie in ihren Anfängen ist, den Kampf auf auch gegen die Partei, welche diese Demokratie zu begründen begonnen hat. So kommt sie in die Lage, ehe noch der Feudalismus vollständig überwunden ist, auch schon den Kampf gegen die Träger der neuen Gesellschaftsepoche zu führen. Das Blut von Lupeni hat die Bande gelöst, welche zwischen Nationalzaranisten und Sozialdemokraten im Kampfe gegen die Reaktion der Bratianisten bestanden hatten.

Nachstehend sei noch die Resolution wiedergegeben, welche die Reichsparteileitung der Sozialdemokraten Rumäniens in der Sitzung des 7. September verfasst hat:

"Die Reichsparteileitung der sozialdemokratischen Partei Rumäniens hat in ihrer Sitzung vom 7. September über die Katastrophe von Lupeni debattiert und stellt auf Grund ihrer Informationen fest:

Nicht nur, dass die Direktionen der Bergwerke im Schiltale die Arbeiter unmenschlich ausbeuten und die Arbeitergesetze nicht einhalten; nicht nur dass die Arbeitergesetze mangelhaft sind, da sie die Prozeduren bei der Lösung der Arbeitskonflikte sehr schwierig gestalten und im allgemeinen die Unternehmer begünstigen, hat die Regierung durch ihre befugten Organe nichts dazu beigetragen, um die Lage der Arbeiter zu verbessern und die Lösung der anhängigen Streitfälle zu beschleunigen.

Ja, noch mehr: Die Vertreter der Regierung und von ihr ausgehaltene und bezahlte Individuen haben in demagogischer Weise die Leiden und die Forderungen der Arbeiter sich zu Nutze gemacht, neue Organisationen gebildet, um die Kampfkraft der organisierten Arbeiterschaft zu schwächen. Durch verbrecherische Provokationen haben sie dann die Arbeiter vor die Bajonette und Kugeln zur schauerlichsten Abschachtung getrieben.

Die Reichsparteileitung der sozialdemokratischen Partei Rumäniens protestiert gegen die unmenschliche Ausbeutung, die ständigen Gesetzesverletzungen und die Unterschlagung öffentlicher Vermögen durch die Unternehmungen, protestiert aber auch mit aller Entschiedenheit gegen die Regierung, welche seit Monaten die Provokateure im Schiltal zusammen mit dem Präfekten Rozvany duldet und fördert.

Die Reichsparteileitung protestiert gegen die Tatsache, dass bis jetzt keinerlei ernste Massnahmen weder gegen den Präfekten, noch gegen die Minister getroffen wurden, welche ihn direkt unterstützt haben und auch weiter unterstützen.

Sie protestiert gegen die Vertuschung der Katastrophe von Lupeni, die zusammen mit den Provokationen, die die Agenten der Regierung in verschiedenen Teilen des Landes, besonders bei Anina, Reschitza, Nadrag und im Prahovatal ins Werk setzen, den Beweis

erbringen, dass es sich um ein unglückseliges Regierungssystem handelt, in welchem das Leben der Arbeiter in gewissenlosester Weise für heimliche persönliche Interessen aufs Spiel gesetzt wird.

Die Reichsparteileitung fordert, dass schleunigste Massnahmen ergriffen werden zur Bestrafung der Schuldigen von Lupeni, der Provokateure, des Präfekten und des Ministers und dass ferner schleunigst Massnahmen ergriffen werden, um die Lebenshaltung der Arbeiter zu verbessern, alle Provokationen einzustellen und die vollständige Versammlungs- und Organisationsfreiheit für die Arbeiterorganisationen im ganzen Lande wieder herzustellen.